

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 53 (1974)
Heft: 2

Artikel: Zürich : SP vor der Wahl
Autor: Lienhard, Richard
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-338806>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zürich: SP vor der Wahl

Dr. F. Roth hat mit Präzision das Bild der denkwürdigen Zürcher Gemeindewahlen 1933 noch einmal beschworen. Für diese wertvolle Reminiszenz dürften ihm vor allem die älteren Leser aus dem Raume Zürich Dank wissen. Ich bin froh, dass es unser Berner Mitarbeiter – anstatt der Redaktor aus Zürich – gesagt hat: «Zürcher Wahlen stossen meist in der ganzen Schweiz auf reges Interesse, lässt die politische Szene Zürichs doch in der Regel Rückschlüsse auf parteipolitische Entwicklungstendenzen zu.» Darin liegt schon die Begründung dafür, dass ein solcher Beitrag auch in einem Organ der SPS einen angemessenen Platz beanspruchen darf.

Es würde indessen von unsern Lesern kaum verstanden, wenn wir es beim Rückblick auf das Jahr 1933 bewenden liessen. Bereits in einem Monat finden in Zürich wieder Erneuerungswahlen statt. «Profil», so sagte ich kürzlich in einem Werbeschreiben, «steht mitten im Strom der praktischen Politik». Zur Situation der SPZ vor den Wahlen Stellung zu nehmen drängt sich um so mehr auf, als diese Partei seit Anfang des Jahres leider nicht mehr über eine ihr nahestehende Tagespresse verfügt.

Stimmenverlust durch Konkurrenz der Neuen Rechten?

Sowohl die Republikaner wie auch die Nationale Aktion haben bekanntgegeben, dass sie in fast sämtlichen Stadtkreisen kandidieren werden. Es muss deshalb damit gerechnet werden, dass es diesen Parteien erneut gelingen wird, in Wählerschichten einzubrechen, die früher mehrheitlich für die Sozialdemokratie zu votieren pflegten. Der Neuen Rechten kommt zugute, dass in der Arbeiterschaft immer wieder hartnäckig die Auffassung vertreten wird, SP und Gewerkschaften hätten mit Bezug auf das Fremdarbeiterproblem versagt. Ein solches Pauschalurteil vermag indessen einer nähern Prüfung nicht standzuhalten. Bereits in den fünfziger Jahren wurde von sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Seite auf die Folgen eines übertriebenen Wachstumsdenkens hingewiesen. Als Beispiel sei nur eine Stimme der «Metallarbeiter-Zeitung» aus dem Jahre 1956 zitiert:

«Das Fremdarbeiterproblem wird zu einem nationalen Problem. Seien wir uns darüber klar, dass es eine obere Begrenzung besitzt. Diese dürfte bei den heutigen 180 000 sicher erklommen sein . . . Eine Überflutung des Arbeitsmarktes durch Fremdarbeiter besitzt lohn-drückende Tendenzen, auch wenn man dies noch so sehr bestreitet.»

1959 wandten sich SPS und Gewerkschaftsbund an den Bundesrat mit dem dringenden Begehren, dieser Entwicklung liberaler Wirtschaftspolitik

Einhalt zu gebieten. Der Bundesrat, der sich auf eine komfortable bürgerliche Mehrheit abstützen konnte, wollte davon nichts wissen.¹

1964 benutzte Max Arnold eine Konjunkturdebatte im Nationalrat, um noch einmal die Vorstösse der Gewerkschafter gegen eine überbordende Fremdarbeiterpolitik in Erinnerung zu rufen. Wörtlich führte er so dann aus:

«Die Privatwirtschaft hat ihren Produktionsapparat durch Zuzug von Fremdarbeitern und mit Hilfe ausländischen Fluchtkapitals weit über die Kräfte unseres Landes hinaus vergrössert. Das wäre nicht möglich gewesen, wenn man nur so viele ausländische Arbeitskräfte zugelassen hätte, als mit ihren Familien in der Schweiz hätten anständig wohnen können. Solche Auflagen wurden nicht gemacht.

In den letzten Jahren hat der Zufluss von fremden Arbeitskräften und fremdem Kapital unsere Wirtschaft aufgebläht. Sie hat sich im privaten Sektor wie ein Turmbau zu Babel entwickelt. Und babylonisch ist auch die Sprachverwirrung, die nicht nur durch die Fremdarbeiter, sondern auch durch die Konjunkturgespräche entstanden ist.»

Für diese Warnung zeigten jedoch die Vertreter der bürgerlichen Parteien und des Landesrings keine Verständnis. Die Folge war: immer mehr Fremdarbeiter, zunehmende Belastung der Infrastruktur und der Umwelt. Während der Profit zum grossen Teil in die Taschen der Unternehmer floss, hatten Staat, Stadt und damit die Bevölkerung die Belastung zu tragen (Wohnungsmangel, Schulprobleme, Druck auf die Arbeitslöhne usw.).

Wenn nun die Republikaner und die Nationale Aktion vorgeben, es gehe ihnen in erster Linie um die Lösung des Fremdarbeiterproblems, so geschieht dies sicherlich nicht aus Zuneigung zu den Lohn- und Gehaltsabhängigen. Hätten die Führer der Neuen Rechten das wirkliche Interesse der Arbeiterschaft im Auge, dann müssten sie in den Parlamenten auch deren soziale Forderungen verfechten. Nun ist aber das Gegenteil der Fall. Sowohl im Nationalrat wie auch im Kantonsrat haben die Vertreter dieser Überfremdungsbewegungen immer wieder dringende soziale Postulate bekämpft: Mieterschutz, Gesundheitsdienst, Ausbau der AHV usw. Die Vertreter dieser Neuen Rechten sind auch gar nicht interessiert, dass die von ihnen angeprangerten Missstände wirklich verschwinden;

¹ Der Bundesrat erklärte im Jahre 1959, «der Arbeitsmarkt dürfte ... noch auf absehbare Zeit aufnahmefähig sein, weshalb eine Belastung des Arbeitsmarktes durch die in den nächsten Jahren zu erwartende Zahl der sich voraussichtlich dauernd in der Schweiz niederlassenden ausländischen Arbeitskräfte kaum zu befürchten sei». Und im Jahre 1964 vertrat das BIGA in seinem Kommissionsbericht noch die Grundthese, dass die Heranziehung der ausländischen Arbeitskräfte im wesentlichen die Inflation und Teuerung bremse, indem sie das Angebot an Konsumgütern stärker erhöhe als die Nachfrage. (!)

Prof. Erich Gruner in «Die Schweiz seit 1945», S. 110 f.

denn nur solange diese Problematik der Überfremdung besteht, verfügen ihre ehrgeizigen Führer über politischen Einfluss; deshalb stellen sie auch extreme und unorthodoxe Forderungen auf, die den Weg zu wirksamen Massnahmen versperren.

Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei ist es, die Werktätigen immer wieder auf diese einfachen Tatsachen hinzuweisen. Es geht darum, jene Wählermasse, welche durch das Auftreten der Überfremdungsparteien der Sozialdemokratie verloren gegangen sind, wieder zurückzugewinnen. Noch immer gilt die von Otto Bauer – dem Führer der österreichischen Sozialisten in der Zwischenkriegszeit – aufgestellte Alternative: «Diese Schichten können dem Faschismus verfallen. Sie können aber auch für uns gewonnen werden.» («Kampf» S. 192) Dass solche «Öffnung nach rechts» nicht mittelst revolutionärer Phraseologie und in soziologiechinesischer Sprache praktiziert werden kann, braucht nach den bitteren Erfahrungen der Zeit von Otto Bauer wohl nicht weiter ausgeführt zu werden.

Denunziation der SP — durch Sozialdemokraten

Wenn nun aber der Ausblick auf die Märzahlen für die SP nicht allzu ermutigend stimmt, so nicht allein wegen der Konkurrenz durch die «Neue Rechte». Dazu kommt, dass es der zürcherischen Sozialdemokratie nicht gelungen ist, parteiinternen Auseinandersetzungen rechtzeitig den Riegel zu schieben. Wenn sich in einer Partei, welche gesellschaftliche Veränderungen einleiten will, Spannungen ergeben, so braucht dies zwar noch nicht negativ zu wirken. Im Gegenteil: sie können gerade Ausdruck echter geistiger Auseinandersetzung und schöpferischer Unruhe sein. Solche Spannungen existierten auch in der SPZ des Jahres 1933, ohne dass dadurch der Wahlerfolg in Frage gestellt wurde. Nun ist aber vor Monaten innerhalb der SPZ ein eigentlicher Familienstreit ausgebrochen, und ein solcher pflegt bekanntlich leidenschaftlicher ausgefochten zu werden als ein gewöhnlicher Streit. Anstoss dazu gab eine Gruppe ungezogener Nichten und Neffen der Sozialdemokratie. Sie sind es, die nun unabhängig von Wahlterminen ihr eigenes Rösslein reiten möchten. Dass dieser Familienstreit gelegentlich überwertet oder gar dramatisiert wird, kann im Vorfeld der Gemeindewahlen nicht verwundern. Weniger verständlich ist, dass es Leute aus den eigenen Reihen gibt, welche diese Konfliktsituation noch aufbauschen.

Da weiss zum Beispiel ein Ueli Kägi von einem Familienkrach im Schoss der SP Zürich 2 zu berichten. Und dies nicht etwa in einem parteiinternen Diskussionsorgan, sondern in einem Leitartikel des Gratisanzeigers «Züri-Leu». Unter dem Titel «Utopie wird zur Parodie» und dem verständlichern Untertitel «Sozialdemokraten bekämpfen Sozialdemokraten» meldet Kägi die sensationelle Nachricht, dass die Kreispartei 2 eine Urabstimmung über Fragen der Stadtratsbeteiligung durchgeführt

habe. Es folgt die Veröffentlichung von zwei an die Mitgliedschaft gerichteten Schreiben. Das eine ist verfasst von einem Adrian Honegger (Gegner der Stadtratsbeteiligung), und die Entgegnung stammt aus der Feder von Dr. Tutschek (mit einer Standpauke an die Adresse von Honegger). Schliesslich wird noch eine Meinungsäusserung von Kantonsrat Schumacher über die sozialdemokratischen Stadtratskandidaten zum Abdruck gebracht (die freilich von Schumacher bestritten wird). In dem Augenblick aber, da Kägis Leitartikel im «Züri-Leu» erschien, war das Ergebnis der Urabstimmung bereits bekannt. Wie nicht anders zu erwarten war, ist es deutlich genug ausgefallen: nur knapp 10 Prozent der Parteimitglieder stellten sich hinter A. Honegger. Darauf beschloss die oppositionelle Gruppe, sich dem Entscheid der Basis zu fügen. Auf Grund der Information Kägis mussten jedoch die Leser des «Züri-Leu» annehmen, dass sich die feindlichen Lager in der SPZ 2 etwa die Waage hielten und dass es sich bei Adrian Honegger um einen massgeblichen Repräsentanten der Zürcher Sozialdemokratie handle. Wer aber ist dieser Adrian Honegger? Ein junger Student, der zurzeit im Begriffe steht, sich seine neulinken Milchzähne auszubeissen. Das von ihm verfasste Flugblatt gleicht denn auch mehr einem Studentenulk als einer ernst zu nehmenden politischen Stellungnahme.

Eine Korrektur dieses Bildes ist im «Züri-Leu» nicht zu erwarten, obwohl Kägi immer wieder versichert hat, dass er nach seinem Austritt aus der PdA bei seiner publizistischen Tätigkeit nur noch seinem Gewissen verpflichtet sei. So reduziert sich der von ihm geschilderte Akt der Selbstzerfleischung auf einen Konflikt, wie er auch in andern Parteien immer wieder vorkommt. Es sei nur daran erinnert, dass unlängst im Zürcher Landesring eine heftige und tiefgreifende Parteifehde ausbrach, die sogar die Absetzung des Standesobmanns zur Folge hatte und so den Familienstreit der SPZ 2 bei weitem in den Schatten stellte. Die schweren und ständigen Auseinandersetzungen innerhalb der Überfremdungsparteien seien hier nur am Rande vermerkt. Aber weder beim Landesring noch bei der Neuen Rechten fand sich ein diesen Bewegungen nahestehender Journalist, der es fertigbrachte, diese Konflikte in einem Gratisanzeiger, genüsslich auszuwalzen. Kägis Berichterstattung im «Züri-Leu» ist denn nichts anderes als ein Stück Denunziation.

Denunziert wird die SPZ zurzeit auch durch einige ihrer Mitglieder, die sich ideologisch zur Neuen Linken bekennen. Wohl geschieht dies zunächst noch in parteiinternen Blättern, die aber immer wieder den Weg in die Öffentlichkeit finden. Das bedeutet helle Freude beim politischen Gegner und Okasa für die bürgerliche Wahlmaschine.

Neue Linke ohne Alternative

Die Neue Linke macht der Sozialdemokratie zum Vorwurf, sie sei im kapitalistisch-bürgerlichen System als Partei unter Parteien total inte-

griert und fühle sich darin wohl. Sie wolle gar nicht heraus aus ihrer wohlgepolsterten Position als Juniorpartner des spätkapitalistischen Systems. Ohne Sozialdemokratie würde das spätkapitalistische System längst nicht mehr so gut funktionieren.

Solche Argumentation widerspricht sogar marxistischer Dialektik. Sozialismus ist ja, wie Friedrich *Engels* richtig feststellte, Reflex des Kapitalismus. Der österreichische Marxist Günther *Nenning* hat diesen Gedanken konkreter ausgedrückt: «In der Bewegung aus der alten zur neuen Gesellschaft funktioniert die Sozialdemokratie als Kraft, die innerhalb der alten Gesellschaft mitwirkt an der vollen Entfaltung von deren Möglichkeiten, folglich zugleich an der Entfaltung der Möglichkeiten der neuen Gesellschaft.» Der Spätkapitalismus weist zu viele Widersprüche auf, als dass die Sozialdemokratie nicht die Möglichkeit hätte, die gesellschaftliche Entwicklung vorwärtszutreiben in die Richtung eines freiheitlichen Sozialismus. Sicherlich befindet sich die Sozialdemokratie zurzeit noch in der Stellung des Juniorpartners des – übrigens durch die Sozialdemokratie gewandelten – Spätkapitalismus. Sie hat aber nicht die Absicht, Juniorpartner zu bleiben, sondern ihr erklärtes Ziel ist es, die ganze «Firma» zu übernehmen. Dieses Ziel ist aber hierzulande nur auf dem Wege permanenter Evolution zu erreichen. Dass dies lediglich Politik der kleinen Schritte sein könne, trifft nicht zu. Auch eine Evolution lässt durchaus die Möglichkeit einer Politik der grossen Schritte – das heisst strukturelle Reformen – offen. Aber gerade hier steht die Neue Linke abseits. Sie zieht es vor, im Café auf die Revolution zu warten. So ist ihr eine Politik konkreter und begrenzter Fortschritte suspekt. Sie sieht nicht ein, dass ihre radikalen Vorstellungen zunächst nur als Impulse und nicht schon als fertige Rezepte verstanden werden können.

In Zürich ist Franz *Schumacher* heimliches Oberhaupt der Neuen Linken. Zu seiner Ehre sei gesagt, dass er auf kommunalpolitischer Ebene schon wiederholt gute Ideen entwickelt hat (wie überhaupt der Neuen Linken das Verdienst nicht abgesprochen werden kann, manch zukunftssträchtige Entwicklung eingeleitet zu haben). So hat er zum Beispiel den Anstoss zur sozialdemokratischen Motion betreffend Schaffung von Wohnzonen gegeben. Das ändert indessen nichts daran, dass ihm und seinem Anhang bis heute gegenüber dem politischen Hauptgegner der Sozialdemokratie weder eine Theorie noch eine linke Gesamtstrategie eingefallen ist. Aus dem Defaitismus entwickelte sich bei dieser Gruppe von neulinken Oppositionellen jene Übertragungsneurose, wie wir sie bereits einmal beschrieben haben («Profil» 11/73 S. 300): Franz Schumacher sieht so rot, dass er den Hauptgegner übersieht und seine Aggressionen nun fast ausschliesslich gegen die sozialdemokratische Parteileitung richtet. So ist es zum Beispiel nichts anderes als ein neulinkes Hirn-espinst, wenn Schumacher und sein Anhang in ihrem Defaitismus behaupten, dass sich der Kampf um die Vertretung im Stadtrat nicht lohne.

Eine solche Argumentation ist völlig unrealistisch. Seit Jahrzehnten geht die Entwicklung immer eindeutiger vom Parlament zur Exekutive. Alt Bundesrat *Tschudi* hat kürzlich mit Recht darauf hingewiesen, dass ein Verzicht der SP auf Regierungsverantwortung dem Rückschritt in Richtung einer Sekte gleichkäme.

Von diesem Defaitismus ist nur noch ein kleiner Schritt zu jenem neu-linken Ferienglück, das kürzlich in unserer Schrift geschildert wurde:

Im Grase liegen, Löcher in den Himmel schauen nach dem Motto: Wenn ich der Sigi Widmer wär und die Freisinnigen mich machen liessen, was ich will, Herrgott noch einmal, was ich da alles täte.

So kann man keine Wahlen gewinnen.

Sobald sich einmal der Pulverdampf des Wahlkampfes verzogen hat und der Wahltag (das heisst Zahltag) vorbei ist, müsste die Geschäftsleitung der SPZ zunächst einmal eine linke «Sammlung nach der Schlacht» vornehmen. Dann aber sollte diese Parteileitung sich sehr rasch Gedanken darüber machen, ob die SPZ neben der vielbeschworenen Basis nicht noch eine Führung nötig hat. Der weit überwiegende Teil der sozialdemokratischen Mitgliedschaft wäre kaum gesonnen, tatenlos zuzusehen, würde diese Partei immer mehr zu einem Verband verschiedener in permanenter Auseinandersetzung sich befindlichen Fraktionen herabsinken. Die Sozialdemokratie ist stark genug, innerparteilich auch nonkonformistische und unorthodoxe Auffassungen zu vertragen, soweit sie sich im Rahmen des demokratischen Sozialismus halten. Für eine sich erneuernde SP kann positive Kritik von links nützlich und nötig sein. Zu fordern ist aber: *kritisches Miteinander statt emotionelles Gegeneinander*. Darin sehe ich eine Chance für die Sozialdemokratie als die einzige politische Kraft unseres Landes, die imstande ist, der Gesellschaft einen neuen Sinngehalt und eine würdigere Gestalt zu verleihen.